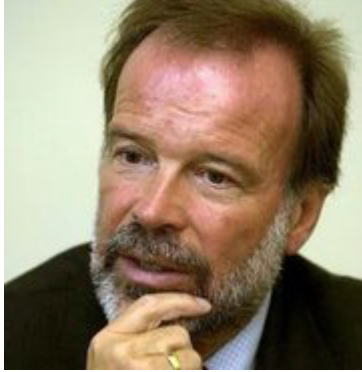


Naumburger Tageblatt

«Ich warne vor zu viel Hilfe des Staates»

Norbert Walter: Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank im Gespräch

erstellt 17.11.08, 19:24h



Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter (FOTO: DPA)

[Bild als E-Card versenden](#)

Magdeburg/MZ. Nach den Banken verlangt nun auch der Autobauer Opel nach einem Regenschirm der Regierung. Mit dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, sprach dazu Hendrik Kranert.

Herr Walter, warum haben Sie staatliche Hilfe für Opel abgelehnt?

Walter: Zunächst muss man sagen, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat: Die Krise bei Opel und General Motors ist hausgemacht. Demnächst werden wir erleben, dass es bei anderen Autobauern ähnlich ist. Ich habe aber nicht vor staatlicher Hilfe gewarnt. Ich war vorsichtig: Achtung, wenn ihr helfen wollt, dann macht es so, dass die Hilfe da bleibt, wo ihr sie gern haben wollt.

Wie soll das funktionieren?

Walter: Genau weiß ich das auch nicht. Es muss auf jeden Fall sichergestellt sein, dass das Geld für die Lieferströme auch zu den Zulieferern verwendet und nicht der Konzernmutter zugute kommt.

Früher gab es dafür Ausfallversicherungen. Sie befürchten einen Dambruch?

Walter: Je spezieller und unternehmensbezogener die Hilfe wird, desto größer ist die Gefahr, dass nachher Hinz und Kunz kommen. Und wenn der Staat Hilfen gibt, muss er daran Bedingungen knüpfen. Das aber birgt die Gefahr, dass der Staat zu viel Einfluss und die Unternehmen zu wenig Spielräume haben.

Gilt das auch für Konkunkturprogramme, wie eines in Sachsen aufgelegt werden soll?

Walter: Es ist auf jeden Fall besser, keine einzelnen Firmen zu fördern. Allerdings wissen wir, dass Konjunkturprogramme vor allem langsam wirken. Das liegt schon an den vielstufigen Planungs- und Entscheidungsprozessen in unserem Land. Wir reden hier über Jahre. Solche Programme entfalten ihre Wirkung möglicherweise erst, wenn die Krise bereits hinter uns liegt. Wir können die Krise mit speziellen Hilfen nur mit sehr großen Nebenwirkungen kurzfristig dämpfen, für die wir langfristig richtig Strafen zahlen.

Wen trifft die Krise heftiger: den Osten oder den Westen?

Walter: Schwer zu sagen. Bei der Arbeitslosigkeit dürfte es für den Osten dramatischere Bedeutung haben. Die größeren Einbrüche bei der Nachfrage wird es aber im Westen geben. Punktuell wird es bei der Arbeitslosigkeit aber auch Städte in Westdeutschland brutal treffen - etwa dort, wo die Produzenten für Stahlbleche der Autoindustrie sitzen.

Die sinkende Nachfrage betrifft doch aber nicht nur die Industrie?

Walter: Das wundert mich eben. Alle konzentrieren sich bei den Analysen auf verarbeitende Industrie. An die Dienstleistungen denkt keiner. Hat denn noch keiner gemerkt, dass reihenweise Weihnachtsfeiern abgesagt werden? Wer geht noch ins Konzert, wer kauft zu Weihnachten noch ein teures Bild? Die Dienstleistungssektor wird es demnächst erwischen.

Aber die Deutschen wollen weiter verreisen...

Walter: Da merken wir die Krise nur noch nicht, weil die Deutschen ihren Urlaub sorgfältiger planen, als Investitionen. Doch mit der nächsten Sommersaison wird auch da der Knick kommen, ab Winter 2010 wird es besonders heftig.

Wie lange wird uns die Krise noch beschäftigen?

Walter: Das beste Szenario ist das, dass es nach einer sehr ausgeprägten Abschwächung bis Ende 2009 wieder aufwärts geht. Aber das ist sehr zuversichtlich. Dann müsste alles, was wir bislang gemacht haben - Zinsen senken, billigere Rohstoffe, Konjunkturprogramme - wirken und es keine anderen Störfeuer mehr geben. Wenn aber alle anfangen, ihre eigene Wirtschaft zu schützen, dann trifft es uns Deutsche sehr: Wir müssen den Großteil unsere Produkte international verkaufen. Wenn wir das nicht mehr können, geht es uns schlecht. Das heißt, die Krise dauert länger, das Tal wird tiefer. Es kann zu einer richtigen Rezession kommen.